

Ausführungen

von

Dr. Heinrich Hiesinger

Vorsitzender des Vorstands
der ThyssenKrupp AG

anlässlich des

SPD Wirtschaftsempfangs

am

29. Februar 2012

in

Berlin

Es gilt das gesprochene Wort

Lieber Herr Dr. Steinmeier,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich recht herzlich für Ihre Einladung bedanken. Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute mit Ihnen als Vertreter der deutschen Industrie über die Zukunft des Industriestandortes Europa und vor allem Deutschlands zu sprechen. Ihre Fraktion hat im vergangenen Jahr eine notwendige Debatte über moderne Industriepolitik und über die Bedeutung der Industrie für Wohlstand und Wachstum angestoßen.

Sie, lieber Herr Steinmeier, haben es bereits gesagt: Kein anderes Land in Europa verfügt über eine so breite industrielle Basis wie Deutschland. Wir sind stark im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemie, der Elektrotechnik, dem Automobilbau und auch bei den Werkstoffen wie zum Beispiel Stahl. Diese tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft gilt es zu stärken.

Diesem Anspruch muss sich jedes Unternehmen zunächst selbst stellen. Auch ThyssenKrupp leistet mit seinen innovativen Produkten einen wichtigen Beitrag dazu, dass Deutschland international vorne mitspielen kann: Viele von Ihnen werden uns noch primär als Stahlkonzern sehen. Dabei sind wir mit einem umfassenden Veränderungsprozess längst auf dem Weg zu einem diversifizierten Industriekonzern, um fit für die Zukunft zu werden: Wir bauen die Aufzüge, mit denen Menschen in Berlin, Dubai und Hanoi ihr Büro erreichen; wir bauen die Großwärlager, ohne die kein Windrad funktionieren würde; wir entwickeln neuartige Nockenwellen, mit denen Ihr Auto sparsamer fährt. Und ja: Wir liefern Stahl und andere Werkstoffe, damit Ihr Auto leichter wird.

All das ist nur ein Ausschnitt von ThyssenKrupp. Und ThyssenKrupp ist nur ein kleiner Teil der deutschen Industrie. Die Industrie aber ist ein bedeutender Teil von Deutschland, ein Garant für Beschäftigung und Wohlstand. Daher ist es mir ein großes persönliches Anliegen, die Industrie am Standort Deutschland langfristig zu sichern und auszubauen.

Unser Konzern ist in 80 Ländern zuhause. Ich habe daher eine recht gute Vergleichsbasis und kann sagen: Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigt, weil wir eine starke industrielle Basis haben. Größe alleine ist kein ausreichendes Kriterium. Für ein Exportland wie Deutschland ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar.

In einem einzigartigen gemeinsamen Verständnis zwischen Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft wurde diese Stärke durch Vereinbarungen zur Kurzarbeit und Beschäftigungssicherung auch im Krisenfall 2009 abgesichert und erhalten. Nur so konnten wir die Wachstumschancen 2010 so erfolgreich nutzen.

Von 2010 bis Anfang 2011 habe ich keine Rede eines Politikers gehört, die diese hohes Gut nicht ausdrücklich hervorgehoben und gewürdigt hat. Und heute? Heute trifft die Politik überstürzt Entscheidungen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie neben allen anderen Zielen auch für die Zukunft abzusichern.

Wenn wir Unternehmer in Deutschland von Wettbewerbsfähigkeit sprechen, dann tun wir das nicht auf Kosten sozialer Errungenschaften. Ganz im Gegenteil, wir sehen den Dialog, zu dem manchmal auch das Ringen mit der Arbeitnehmerseite gehört, als wesentlichen Teil der Lösung. In keinem vergleichbaren Industrieland sind die Mitbestimmungsrechte so eingespielt wie in Deutschland. Diese Stärke ist nicht immer offensichtlich, aber sie ist von unschätzbarem Wert.

Für ThyssenKrupp ist die Mitbestimmung immer ein Wegbegleiter gewesen, ohne den der Konzern so manche schwierige Lage nicht so gut hätte meistern können. Denn nur gemeinsam lassen sich Entscheidungen und Lösungen finden, die für Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen tragfähig sind. Das hat sich zuletzt wieder bei den Verhandlungen zum Zusammenschluss unserer Edelstahlsparte mit dem finnischen Wettbewerber Outokumpu gezeigt. Wir haben die Arbeitnehmer frühzeitig eingebunden und gemeinsam mit dem finnischen Partner eine gute Lösung für alle Beteiligten gefunden.

Die heutige Veranstaltung zeigt, dass wir ein ähnlich vertrauensvolles Miteinander auch zwischen Politik und Industrie etabliert haben: Im vergangenen Jahr gab es viele Gelegenheiten zum Austausch. Ich erinnere hier an die Energiegespräche im April letzten Jahres, zu denen Sie mich eingeladen haben. Aber nicht nur in Berlin, auch in Nordrhein-Westfalen steht Ministerpräsidentin Kraft vor allem zu energiepolitischen Themen im engen Dialog mit den Industrieunternehmen.

Genau dieses Miteinander werden wir künftig mehr denn je brauchen. Denn vor uns liegen schwierige Aufgaben, die wir nur gemeinsam lösen können. Ich möchte mich im Schwerpunkt zum Thema Energie- und Klimapolitik äußern und kurz die Themen Rohstoffversorgung und Fachkräftemangel anreißen.

Energie- und Klimapolitik

Die größte Herausforderung und zugleich das größte Risiko für die deutsche Industrie ist derzeit eindeutig die Energie- und Klimapolitik. Über dieses Thema möchte ich deshalb etwas ausführlicher sprechen. Dabei geht es um die Korrektur ungeeigneter Ziele, die Vermeidung von Ressourcenverschwendung, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, und darum, Planungssicherheit für Investitionen und Innovationen zurück zu gewinnen.

Wir alle, auch die Unternehmen, haben den Anspruch, dass Deutschland Vorreiter bei Klimaschutz und alternativen Energien ist. Mit unserer Innovationskraft sind wir in der Lage, Produkte und Lösungen zu entwickeln, die uns vom Wettbewerb differenzieren und die weltweite Geschäftschancen eröffnen. Der ständig steigende Hunger der Weltbevölkerung nach „mehr“ Konsum- und Industriegütern, Rohstoffen und Energie macht ein weiter so unmöglich. Denn diesem steigenden Bedarf stehen die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die berechtigte Sorge um unsere Umwelt gegenüber. Wir bei ThyssenKrupp haben uns mit unserer Ingenieurkompetenz deshalb so aufgestellt, dass wir diesen Bedarf nach „mehr“ auf „bessere“ Art und Weise bedienen können. Wir entwickeln für unsere Kunden Lösungen für höhere Ressourceneffizienz und für nachhaltige Prozesse und Produkte.

Mit dieser Technologiekompetenz hat die deutsche Industrie unbestritten eine internationale Vorreiterrolle. Die Frage ist aber, ob wir diese Vorreiterrolle unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen auch halten können?

Bis zum Frühjahr 2011 waren die Rahmenbedingungen für die Industrie klar und nachvollziehbar. Wir alle haben enorme Anstrengungen unternommen, um den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und damit auch den Ausstoß von CO₂ deutlich zu senken. Die Unternehmen haben das aus Eigeninteresse getan, um ihre Kostenposition zu verbessern.

Im Ergebnis hat beispielsweise die Stahlindustrie seit 1990 den Energieverbrauch um 40 % und den CO₂-Ausstoß um ca. 25 % gesenkt. Damit erreichen die deutschen und europäischen Hochöfen im weltweiten Vergleich die niedrigsten Werte beim CO₂-Ausstoß pro Tonne Rohstahl. Damit sind wir nahe am theoretischen Minimum. Denn bei der Stahlherstellung werden Kohle und Koks nicht als Brennstoff, sondern als chemisches Reduktionsmittel eingesetzt. Ohne einen Mindesteinsatz von Kohlenstoff ist die Produktion von Stahl nicht möglich.

Diesen Sachverhalt haben wir intensiv mit der Politik in Berlin und Brüssel diskutiert. Dass dann in Brüssel – mit Unterstützung von deutscher Seite – ab 2013 ein CO₂-Benchmarkwert festgelegt wurde, der unterhalb des theoretischen Minimums liegt, ist für mich unverständlich. Warum? Dieser Grenzwert kann nur durch eine Reduzierung der Produktionsmengen eingehalten werden. Das bedeutet, dass Mengen aus den effizientesten Hochöfen in Deutschland und Europa z.B. von chinesischen Herstellern übernommen werden, die bei der Stahlerzeugung durchaus 500 kg mehr CO₂ pro Tonne Stahl erzeugen.

Im Ergebnis verschlechtert sich damit die weltweite CO₂-Bilanz, die letztlich für den Klimawandel entscheidend ist.

Der Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien liefert bei Erreichung von CO₂-Zielsetzungen und der Gestaltung der Energiewende einen wichtigen Beitrag. Es ist daher sinnvoll, Innovationen und neue Technologien in ihrer Startphase zu fördern und zu subventionieren. Nach einer breiten Markteinführung haben Subventionen jedoch nichts mehr zu suchen. Technologien, die sich nicht aus eigener Kraft im Markt durchsetzen, werden nicht nachhaltig bestehen. Als negatives Beispiel ist hier die überzogene Förderung der Photovoltaik besonders hervorzuheben. Innerhalb des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde viel zu einseitig auf Photovoltaik gesetzt. Die Subventionierung war bis vor kurzem so hoch, dass sowohl Solarunternehmen, wie auch Investoren in Solaranlagen teilweise zweistellige Renditen erwirtschaften konnten, ohne nachhaltig wettbewerbsfähig zu sein und ohne zukünftig einen nennenswerten Anteil an der Gesamtenergieversorgung zu leisten. Damit wurde der Innovations- und Kostendruck in der Solarindustrie zu schnell reduziert.

Für andere erneuerbare Energien werden zukünftig kaum mehr genügend Fördermittel vorhanden sein. Das gilt sogar für deutlich günstigere und effizientere Photovoltaikanlagen. Auch als Jobmotor hat sich diese Technologie in Deutschland durch den massiven asiatischen Wettbewerb nicht durchgesetzt. Ich finde eine solche Ressourcenverschwendung bedauerlich.

Es steht außer Frage, dass nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ein „einfach weiter so“ nicht möglich war. Der Wunsch der Bevölkerung, eine zukünftige Energieversorgung ohne diese Risiken aufzubauen, ist daher mehr als verständlich. Trotzdem erwarte ich von der Politik, dass eine solche Entscheidung mit der notwendigen Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit getroffen wird.

Das deutsche oder vielmehr noch das europäische Energiesystem ist so komplex, dass man nicht einfach innerhalb weniger Wochen entscheiden kann, Kernkraftwerke mit einer Leistung von 8 GW abzuschalten, ohne gleichzeitig für dauerhaften Ersatz zu sorgen. Wo sollen denn die mehr als 2000 Windräder und Leitungen stehen, die ein Leistungsäquivalent darstellen könnten, wenn der Wind entsprechend wehen würde. Gleichzeitig ist der Eindruck irreführend, dass mit dem bloßen Abschalten der Kraftwerke sofort eine höhere Sicherheit eingetreten sei. Die Reaktoren müssen über Jahre gekühlt werden, bevor die technischen Risiken signifikant zurückgehen. Da wünsche ich mir von allen Beteiligten mehr Ehrlichkeit.

Die deutsche Industrie respektiert die Willensbildung der breiten Bevölkerung und die Entscheidung des Gesetzgebers, aus der Kernenergie auszusteigen. Die Industrie ist auch bereit, Lösungen zu suchen, um die Energiewende konstruktiv zu gestalten. Was wir bemängeln, sind die Risiken, die durch eine überstürzte Vorgehensweise entstehen, und die fehlende Absicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit.

Um es klar zu sagen: Ich möchte diese Kritik auf keinen Fall als Argument gegen den Atomausstieg verstanden wissen, sondern als einen Weckruf, der zum Gelingen der Energiewende beitragen soll.

Die Energiewende ist eine gewaltige Herausforderung, die uns mindestens die nächsten zehn Jahre fordern wird. Aufgrund der vielfältigen Parameter und der hohen Komplexität weiß heute niemand, wie das im Einzelnen funktionieren wird. Auch die Industrie nicht.

Was wir fordern, ist eine saubere, sichere und gleichzeitig wettbewerbsfähige Energieversorgung. Für diese drei Parameter müssen eindeutige Zielkorridore festgelegt werden.

Für die Umweltverträglichkeit sind bereits Zielsetzungen definiert, wie z.B. der Anteil der erneuerbaren Energien und die CO₂-Einsparziele. Das muss jetzt auch für die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit erfolgen. Nur dann sind wir in der Lage, die Umsetzung in den nächsten zehn Jahren regelmäßig zu überprüfen und wo notwendig die Ziele gegebenenfalls anzupassen. Was die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise angeht, habe ich ja bereits ein Benchmarksystem für die europäischen Industriestrompreise vorgeschlagen.

Warum sind verlässliche Kriterien so wichtig? Für die Industrie geht es um Planungssicherheit für Investitionen und damit für Innovationen. Entscheidungen für Investitionen in Produktions- und Prozessanlagen werden für einen Zeitraum von 10-20 Jahren getroffen. Wenn wir für diese Zeiträume am Standort Deutschland keine ausreichende Planungssicherheit haben, dann werden Investitionen anderswo getätigt. Das passiert auch heute schon, auch wenn es nicht immer offensichtlich ist.

Lieber Herr Steinmeier, meine Damen und Herren, damit ist das Risiko fehlender Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland schon heute Realität.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel aus unserem Hause verdeutlichen: Zu unserer Edelstahlsparte Inoxum, die wir jetzt in ein gemeinsames Unternehmen mit dem finnischen Wettbewerber Outokumpu einbringen, gehört auch ein Werk in Krefeld am Niederrhein. Ein Teil davon, das Stahlwerk mit der so genannten Flüssigphase, wird Ende nächsten Jahres geschlossen. Warum? Nicht weil wir schlecht gewirtschaftet hätten – im Gegenteil. Sondern weil wir mit unserer Leistung nicht mehr kompensieren können, was wir an zusätzlichen Energie- und Umweltkosten tragen müssen. Einzelne Teile der Edelstahlproduktion sind extrem energieintensiv. Und die Energiekosten in Deutschland sind nicht konkurrenzfähig – nicht gegen Atomstrom aus Finnland und nicht gegen Industriestrom aus Italien. Und noch viel weniger im globalen Maßstab, wo Wettbewerber in den aufstrebenden Volkswirtschaften unter modernsten Bedingungen bei deutlich niedrigerer Kostenbasis mit uns um Marktanteile konkurrieren.

Am Beispiel Krefeld kamen dann noch einmal zusätzliche Umweltauflagen hinzu, für die wir in den kommenden Jahren noch einmal 20 bis 60 Mio. Euro hätten investieren müssen, ohne dass auch nur eine Tonne Stahl mehr erzeugt würde. Die Flüssigphase in Krefeld wird also geschlossen. Die gute Nachricht ist: Wir bauen den Standort hoffentlich erfolgreich zum „Center of Excellence“ für Kaltwalzprodukte aus. Die zweite gute Nachricht ist: Die Arbeitnehmer tragen den Schritt mit, auch, weil sie sehr genau um die politischen Rahmenbedingungen und Erfordernisse wissen. Was bleibt, ist die Sorge, dass bei weiter steigenden Energie- und Umweltkosten mittelfristig auch die Kaltwalzstraßen nicht mehr im Wettbewerb bestehen können.

Nun mögen manche einwenden, dass das ja ohnehin alte Industriezweige seien, bei denen wir Europäer vielleicht langfristig gar nicht wettbewerbsfähig sein könnten gegenüber den Chinesen und anderen.

Vielleicht sollten wir uns lieber auf neue, auf Zukunftsbranchen konzentrieren. Meine Damen und Herren, das wäre ein fataler Fehler. Denn Innovationen entstehen im Umfeld der klassischen Industrien. Wo seit 100 Jahren Edelstahl produziert wird, sind eben auch hochmoderne Titanlegierungen entwickelt worden, die in der Raumfahrt oder in Meerwasserentsalzungsanlagen eingesetzt werden, wo sie zukunftsfähige Lösungen bieten. Ich bin fest davon überzeugt:

Ohne traditionelle Industrien gibt es keine Zukunftsbranchen! Ohne vollständige Wertschöpfungsketten leidet die Innovationsfähigkeit.

Auch der viel beschworene Dienstleistungssektor benötigt in großen Teilen Produktionsprozesse und Produkte als Basis für die eigene Wertschöpfung.

Daher brauchen wir auch in Zukunft beides: die Kombination von klassischen Industrien mit klassischen Industriearbeitsplätzen und neue Branchen. Und deswegen sitzen wir mit den Arbeitnehmervertretern und der Politik in einem Boot.

Von der Bundesregierung wird die Dimension und Komplexität der Energiewende unterschätzt. Über fehlende Umsetzungskonzepte habe ich gerade gesprochen. Noch viel kritischer ist, dass über ein gemeinsames Ziel der Energie- und Klimapolitik nach meinem Eindruck keine Einigkeit besteht. Nehmen Sie nur das Kompetenzgerangel einzelner Ministerien bei der Festlegung tragfähiger Eckpunkte.

Was wir brauchen, ist nicht nur ein gemeinsames Vorgehen innerhalb Deutschlands, sondern einen europäischen Ansatz.

Was ich in der Diskussion um Energiewende und Klimaschutz außerdem vermisse, ist Ehrlichkeit: Man kann nicht sagen: „Ich bin für den Ausbau der Windenergie, aber gegen den Ausbau der Übertragungsnetze. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber man muss alle Konsequenzen einer Position akzeptieren und berücksichtigen.“

Wir Unternehmenslenker werden quartalsweise vom Kapitalmarkt diszipliniert, schonungslos alles offenzulegen – ob Verluste in Brasilien, zurückgehende Auftragseingänge oder sonst etwas. Diese Offenheit und Ehrlichkeit erwarte ich auch von der Politik. Wer Energiewende sagt, muss auch Machbarkeit sagen. Und wer Machbarkeit sagt, muss angeben, an welchen Kriterien er das misst.

Insgesamt kann ich sicher für viele Industrieunternehmen sprechen, wenn ich Sie auffordere: Definieren Sie klare und sinnvolle Ziele für die Energie- und Klimapolitik, und zwar für eine saubere, sichere und wettbewerbsfähige und benennen Sie die Nebenbedingungen für alle Beteiligten – Unternehmen und Bürger. Beziehen Sie die Industrievertreter dabei ein. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Scheuen Sie sich nicht vor unbequemen Wahrheiten, aber schaffen Sie Planungssicherheit. Und arbeiten Sie weiter daran, Energie- und Klimapolitik im europäischen, ja globalen Kontext zu definieren.

Rohstoffe

Das zweite Thema aus Ihrem industriepolitischen Konzept, das ich kurz aufgreifen möchte, ist das Thema Rohstoffversorgung. Um Ihnen einmal vor Augen zu führen, welche Bedeutung dies für uns hat: In der Stahlproduktion liegt der Anteil der Rohstoff- und Energiekosten bei über 80 Prozent. Die Lohnkosten machen dagegen nur rund 9 Prozent aus. Gleichzeitig ist Europa, wie Sie wissen, erheblich von Rohstoffimporten abhängig - Deutschland am Beispiel Eisenerz sogar zu 100 %, bei Nickel zu 55 %. Natürlich setzen wir uns ebenso wie andere Industrieunternehmen schon heute dafür ein, Rohstoffe so effizient wie möglich zu verarbeiten.

Dafür sorgt schon allein der Kostendruck. Das alleine reicht aber nicht aus. Denn die Versorgung Europas mit Rohstoffen wird durch Handelshemmnisse behindert. So erheben China und Indien auf wichtige Rohstoffe zum Teil erhebliche Exportzölle, die WTO-widrig sind. Doch damit nicht genug: Hinzu kommen Finanzinvestoren, die Derivate zur Spekulation mit Rohstoffen nutzen und Preise von der tatsächlichen Nachfrage entkoppeln. Diese Marktverzerrungen hat die Politik erkannt. Entsprechende Vorschläge, um auf diese Verzerrungen zu reagieren, sind auch in Ihrem Konzept herausgearbeitet. Es kommt nun darauf an, notwendige Maßnahmen zügig umzusetzen.

Natürlich ist und bleibt die Beschaffung von Rohstoffen Aufgabe der Unternehmen. Die Politik muss dabei jedoch flankierend zur Seite stehen. Die Vergabe von Rechten zum Abbau oder der gemeinsamen Nutzung von Rohstoffen werden immer auf höchster politischer Ebene eingeleitet. Ohne aktive Beteiligung der Bundesregierung haben wir hier Nachteile im Vergleich zu anderen Ländern. Ein gutes Beispiel dafür sind die Rohstoffpartnerschaften, die gerade mit der Mongolei und Kasachstan beschlossen worden sind.

Die Einsparung von Rohstoffen oder der Einsatz alternativer Rohstoffe bleibt aber weiterhin eine zentrale Zukunftsaufgabe für die gesamte Industrie. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, was wir am Standort Deutschland dafür tun:

Die Rohstoffbasis für die Chemieindustrie besteht zu fast 80 % aus Erdöl, ein Rohstoff, der zunehmend knapper und teurer wird. Die Substitution von Erdöl durch nachwachsende Rohstoffe wird immer wichtiger – nicht nur aus Kostengründen, sondern auch aus Gründen der Nachhaltigkeit. Deshalb entwickelt ThyssenKrupp Uhde in Leipzig Verfahren für den industriellen Einsatz, die es ermöglichen, aus Biomasse mithilfe von Bakterien Milchsäure herzustellen. Daraus entsteht Kunststoff aus nachwachsenden Rohstoffen, der am Ende seines Lebenszyklus biologisch abbaubar ist.

Fachkräftemangel

Unser wichtigster Erfolgsfaktor aber sind gut ausgebildete Menschen, um Innovationen von Deutschland aus voranzutreiben. Ich habe aber Sorge, ob wir unseren Vorsprung durch Ingenieurkompetenz dauerhaft sichern können.

Meine Damen und Herren, auch Sie sprechen von einem drohenden Engpass an qualifizierten Fachkräften. Für die Industrie ist dieser Mangel schon heute Realität. Viele Unternehmen können freie Stellen, insbesondere in den technischen Bereichen, nicht besetzen.

Eine der Hauptursachen für diese Fachkräftelücke ist, dass viel zu wenige junge Menschen sich für naturwissenschaftliche Fächer und Berufe begeistern. Ich schließe mich deshalb Ihrer Forderung an, dass wir alle - Wirtschaft, Politik, Eltern und Schule - gefragt sind, diesem Trend ein Ende zu setzen. Ein vernetztes Vorgehen im Sinne der von Ihnen vorgeschlagenen „Allianz gegen den Fachkräftemangel“ ist aus meiner Sicht ein wichtiger Meilenstein. Wir müssen die Begeisterung für Technik schon bei Kindern wecken und gezielt fördern. Denn Technik kommt oft etwas verstaubt und kompliziert daher, und oft gibt es Vorbehalte, bis hin zur Technikfeindlichkeit.

ThyssenKrupp trägt nach Kräften dazu bei: Frühzeitig die Begeisterung für Technik zu wecken, das steht bei unserem IdeenPark im Vordergrund. Heute Vormittag habe ich gemeinsam mit Hannelore Kraft den Startschuss für den nächsten IdeenPark gegeben, der in diesem Jahr vom 11. bis 23. August in Essen stattfinden wird. Sie, lieber Herr Steinmeier, waren 2008 in Stuttgart zu Gast. Mittlerweile haben mehr als 500.000 Menschen unsere IdeenParks besucht.

Ich darf Sie alle schon heute ganz herzlich nach Essen einladen, um gemeinsam mit uns ein starkes Signal für Ideen, Innovationen, Technik und Naturwissenschaften zu setzen!

Als Unternehmen sind wir außerdem in der Pflicht, jungen Menschen durch eine technische Berufsausbildung Chancen zu bieten. ThyssenKrupp bildet seit Jahren über den Bedarf aus, um möglichst vielen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Nicht zuletzt kooperieren wir darüber hinaus intensiv mit zahlreichen Hochschulen. Dabei ist uns der persönliche Kontakt mit den Studenten besonders wichtig.

Es wird jedoch nicht ausreichen, mehr junge Menschen für Technik und Naturwissenschaft zu gewinnen. Wir müssen auch sicherstellen, dass die Qualität unseres Bildungssystems stimmt. Bei ThyssenKrupp spüren wir deutlich, dass die Qualität der Bewerber zurückgeht. Heute brauchen zwei- bis dreimal so viele Bewerbungen wie noch vor fünf Jahren, um eine Stelle zu besetzen. Die Industrie kann die Versäumnisse der Politik nur schwer abmildern. Bildung ist eine Kernaufgabe der Politik. Dazu gehört insbesondere auch ein System, das dafür sorgt, dass benachteiligte Jugendliche Chancen bekommen und sie nutzen können. Ein Beispiel aus unserem Konzern ist das Projekt „Chance“. Hier geht es darum, bei Jugendlichen erst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, eine Ausbildung erfolgreich absolvieren zu können. Das fängt bei ganz einfachen Dingen wie beispielsweise Pünktlichkeit an. Für unsere Ausbilder ist das eine enorme Zusatzbelastung. Hier müssen wir als Gesellschaft gegensteuern – und das alle zusammen.

Selbst wenn alle Initiativen aus Politik und Wirtschaft Früchte tragen – es würde nicht reichen, um den Fachkräftebedarf unserer Industrie zu decken. Natürlich brauchen wir eine stärkere Förderung von Frauen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir bei ThyssenKrupp werden deshalb unseren Frauenanteil bei Führungskräften in Deutschland bis zum Ende des Jahres 2020 von 7,6 % auf 15 % steigern. Außerdem setzen wir uns als Konzern seit langem für eine erleichterte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte ein. Studienabschlüsse müssen international noch weiter harmonisiert bzw. gegenseitig anerkannt werden.

Fazit

Meine Damen und Herren,

ich könnte noch mehr dringliche Themen ansprechen, aber diese drei – Energiewende, Rohstoffversorgung und Fachkräftemangel – sind mir die wichtigsten. Die Herausforderungen sind groß, in der Politik wie in der Wirtschaft.

Ihre und unsere Positionen liegen vermutlich gar nicht so weit auseinander, wie manch einer denken mag: Als ich vor gut einem Jahr den Vorstandsvorsitz von ThyssenKrupp übernommen habe, habe ich die Verantwortung für ein Unternehmen mit einer fast 200-jährigen Tradition übernommen. Dazu gehört immer auch ein Auftrag, Bewährtes zu bewahren und Neues zu schaffen, wo es erforderlich ist. So ist es auch in der Politik.

Gleichzeitig musste ich aber – im Team mit dem gesamten Vorstand – auch einige unangenehme Wahrheiten eingestehen und zum Beispiel im Dezember 2,9 Mrd. Euro abschreiben. Und wir haben uns entschieden, uns von Geschäften mit einem Gesamtumsatz von rund 10 Mrd. Euro zu trennen, darunter die Edelstahlsparte. All das waren und sind notwendige Einschnitte und Maßnahmen, um unserem Unternehmen eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen.

Das Erkennen von unangenehmen Wahrheiten, der öffentliche Dialog darüber, mit deutlich weniger Populismus und das konsequente gemeinsame Handeln erwarte ich auch von verantwortungsvoller Politik.

In der Lösungsfindung kann und will die Industrie ein Sparringspartner sein, um tragfähige Lösungen zu finden. Termine wie der heutige sind ein sehr gutes Forum dafür.

Ich habe vielfältige Themen kritisch angesprochen. Weil mir bange ist, weil ich mutlos bin? Ganz im Gegenteil, ich tue das, weil ich unsere starke industrielle Position erhalten will und dafür kämpfe. Deutschland hat enorm gute Voraussetzungen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben: eine starke industrielle Basis, eine funktionsfähige Mitbestimmung und einen guten Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Ich wünsche mir, dass wir diese Standortvorteile auch mit Zuversicht nach innen und nach außen wahrnehmen und zeigen. Nur mit Zuversicht wird es uns gelingen, unsere Stärken in die Zukunft zu tragen.

Wir – die Industrie und die Politik – haben es in der Hand, den Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Wie wichtig das ist, daran besteht kein Zweifel. Sie, Herr Steinmeier, haben das kürzlich sehr anschaulich in der FAZ auf den Punkt gebracht: „Die Wirtschaft der Zukunft braucht eine Industrie der Zukunft.“ Das kann ich zu 100 Prozent unterschreiben.

Die Wirtschaft der Zukunft können Politik und Unternehmen nur gemeinsam gestalten. Ich biete Ihnen an, bei diesem Vorhaben Ihr verlässlicher Ansprechpartner zu sein. Ich freue mich auf den Dialog – und die Ergebnisse.